

Das Einrichtungshaus der Zukunft soll an einer der verkehrsreichsten Kreuzungen Wiens entstehen. In und um den Westbahnhof treffen nicht nur zahlreiche Bahn- und U-Bahnlinien aufeinander, sondern auch die größte Einkaufsstraße der Stadt auf eine der meistbefahrenen des Landes. An der Südseite des Bahnhofgebüdes stand einst das „Blaue Haus“, das vor seinem Abriss als Notschlafstelle für Flüchtlinge diente. Vor drei Wochen hat Ikea hier mit dem Bau eines Einrichtungshauses begonnen, das allerdings keine „blaue Kiste“ werden soll, wie man sie von dem schwedischen Konzern kennt, sondern „komplett anders“.

VON ELISABETH HENCKEL  
AUS WIEN

## Wien will ein Wunder werden

Grün, sauber, gut „durchlüftet“: Österreichs Hauptstadt verspricht seinen Bürgern höchste Öko-Lebensqualität. Nur eine PR-Kampagne?

Der siebengeschossige Neubau wird die weltweit erste von Ikea errichtete Filiale sein, die bewusst ohne Parkplätze konzipiert wurde. Dafür gibt es „ansprechende Gastronomie“, Balkone auf allen Etagen und eine Terrasse auf dem Dach, die mit insgesamt 160 Blumen bepflanzt werden soll.

Die Kunden sollen das Sortiment vor allem anschauen und ausprobieren; alles, was sie selbst nicht zu Fuß, auf dem Fahrrad oder in öffentlichen Verkehrsmitteln mitnehmen können, kann binnen 24 Stunden nach Hause geliefert werden. Das Unternehmen will so ein Angebot für die wachsende Zahl der Menschen schaffen, denen die Zeit, die Lust oder das Auto fehlen, um an den Stadtrand zu fahren.

Nicht nur der Möbelkonzern, auch grüne Stadtpolitiker feiern das Projekt als Meilenstein. Es sei gelungen, einen „Mehrwert für die ansässige Bevölkerung“ zu schaffen, ohne verkehrspolitische Ziele zu konterkarieren, teilte die damalige Vizebürgermeisterin Maria Uusitalo anlässlich der nötigen Flächenumwidmung mit.

Die rot-grün regierte Hauptstadt Österreichs bemüht sich schon seit der Jahrtausendwende um nachhaltige Stadtentwicklung. „Höchste Lebens-



Blume auf dem Dach: Entwurf eines autofreies Ikea-Marktes in Wien

qualität für alle bei größtmöglicher Ressourcenschonung“ lautet das Ziel ihrer „Smart City Strategie“, die vergangenen Sommer mit Verweis auf die Klimakrise aktualisiert wurde. Besonders stolz ist die Stadtregierung auf das mit 365 Euro vergleichsweise günstige Jahresticket für die öffentlichen Verkehrsbetriebe, auf das neue Stadtviertel Seestadt Aspern samt seinem bald 84 Meter hohen Holzhochhaus und auf den Umstand, das 2019 nach eineinhalb Jahrzehnten erstmals wieder ein Gemeindebau eingeweiht wurde. Vergangenen Sommer hat mit der neuen grünen Vizebürgermeisterin Birgit Hebein eine frühere Sozialpolitikerin die Verantwortung für die Stadtentwicklung übernommen.

Neben dem Ausbau des Radwegenetzes hat sie einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen „Hitzeinseln“ gelegt: Besonders subventionierte Straßen sollen durch zusätzliche Bäume, Nebelbüchsen, Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen in den immer heißeren Wiener Sommern erträglicher werden. Außerdem will sie Grünräume als Naherholungsgebiete, aber auch zwecks „Durchlüftung“ der Stadt langfristig schützen lassen.

Wien landet mit all dem seit Jahren in internationalen Städterankings auf den vordersten Plätzen. Sowohl das Beratungsunternehmen Mercer als auch der „Economist“ haben Wien zum wiederholten Male zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt, auch im „Smart City Index“ von Roland Berger landete die Stadt auf dem ersten Platz, im „Sustainable Cities Index“ von Arcadis erreichte sie den fünften Platz – hinter London, Stockholm, Edinburgh und Singapur, aber immer noch vor Zürich, München und Frankfurt.

Und erst vergangene Woche hat die Europäische Investitionsbank, die bis 2030 Klimaschutzprojekte in Höhe von einer Billion Euro anstoßen will, mit Wien als erster Metropole eine „Klimapartnerschaft“ abgeschlossen. Dennoch wird Kritik laut.

Beim Symposium „Zero Emission City“, zu dem die ÖVP-geführte Wirtschaftskammer vergangene Woche zum

zehnten Mal ins Wiener Rathaus geladen hat, sind nicht alle zufrieden. Ein Verfahrenstechniker von der Technischen Universität fordert größere Anstrengung bei der Umwandlung von Abfall in Biogas, die sich ins Erdgasnetz einspeisen ließen. Der Chef des städtischen Verkehrsunternehmens sagt, dass er gerne viel stärker auf Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb setzen würde, aber die Fahrzeugindustrie sich zu langsam weiterentwickle. Und ein Immobilienentwickler kritisiert, dass eine Gleichstellung von sanierten Altbauten mit Neubauten im Mietrecht zu viel größeren CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen würde „als alle Smart-City-Papiere zusammen“.

Ist das „grüne Wien“ also nur eine PR-Masche? „Nein“, sagt Rana Adib von IEN 21, einem in Paris ansässigen Netzwerk für erneuerbare Energien, am Rande der Veranstaltung im neogotischen Festsaal des Rathauses. Wien könne sich schon zu Recht als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit bezeichnen. Das hat Adibs Meinung nach vor allem strukturelle Gründe: Die Stadt sei groß, aber trotzdem überschaubar und vor allem nicht so dicht besiedelt wie etwa Paris. Auch politisch habe die Stadtregierung im föderalistisch organisierten Österreich vergleichsweise großen Handlungsspielraum.

Adibs Organisation hat gerade erst einen Bericht über den Einsatz von erneuerbaren Energien in Städten auf der ganzen Welt veröffentlicht. Darin wird unter anderem das Energieversorgungsunternehmen Wien Energie gelobt, weil es seinen Anteil an grünem Strom unter anderem durch die Integration von 31 „Bürgerkraftwerken“ steigern konnte, für die das Unternehmen auch das Crowdfunding organisiert hat.

Die Energiebeauftragte der Stadt Zürich, Silvia Banfi Frost, hingegen weist auf der gleichen Veranstaltung darauf hin, dass die Energieziele der Schweizer Metropole deutlich ehrgeiziger sind als jene Wiens: Zürich will schon 2030 netto keine Treibhausgase mehr ausstoßen, Wien beschränkt sich auf das Ziel einer Pro-Kopf-Reduktion von 85

Prozent bis 2050 (im Vergleich zu 2005) – und liegt damit auch hinter dem nationalen Ziel der Klimaneutralität bis 2040, auf das sich gerade erst Konservative und Grüne in ihrem Regierungsprogramm geeinigt haben. Dafür sei Wien beim genossenschaftlichen Wohnbau deutlich besser aufgestellt, sagt Banfi Frost, da habe Zürich mit seinen äußerst hohen Mietpreisen noch Nachholbedarf.

Tatsächlich ist die Stadt Wien nicht nur Bauherrin, sondern auch Besitzerin von stolzen 220.000 Wohnungen, was wiederum der Oppositionspartei Neos ein Dorn im Auge ist. Die Liberalen werfen der Stadtregierung Verschwendung und „Freunderwirtschaft“ vor und kritisieren die mangelnde soziale Trefflichkeit des gemeinnützigen Wohnbaus. Außerdem bemängeln sie im Hinblick auf Raumplanung und Verkehrspolitik die mangelnde Koordination mit dem angrenzenden, aber ÖVP-regierten Bundesland Niederösterreich.

Energiepolitisch werfen sie der Stadt vor, Wasser zu predigen und Wein zu trinken. Gerade ihre eigenen Gebäude müssten schon viel energieeffizienter funktionieren, neue Stadtviertel sogar so geplant sein, dass sie mehr grüne Energie erzeugen, als sie verbrauchen.

„Es ist unbestritten, dass Wien in der Vergangenheit viel getan hat“, sagt Stefan Gars, Stadtentwicklungssprecher der Wiener Neos. „Aber wenn Wien seine hochgesteckten Ziele und die noch ehrgeizigeren der neuen Regierung erreichen will, muss es viel mehr Tempo bei der Umsetzung machen. Dazu erforderlich ist auch eine solarfreundliche Bauordnung.“ Das neue „grüne Stadt-Ikea“ gefällt aber auch dem liberalen Oppositionspolitiker. „Ich denke, dass solche greifbaren Vorzeigeprojekte wichtig sind, weil sie den Menschen zeigen, dass Veränderung möglich ist“, sagt Gars. „Und das löst dann das wichtige Eigenengagement aus.“

Ab Herbst 2021 sollen die Wiener Westbahnhof Teelichter kaufen und ihnen aussuchen können. Auf dem notwendigen Logistikzentrum außerhalb der Stadt sind die Solarpaneele bereits montiert.